



über die 5. Sitzung
des Rates
am Donnerstag, dem 8. November 2001
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:50 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Herr Behrens
Frau Ciecior
Herr Drescher
Frau Dyduch
Herr Eckardt
Herr Etzold
Frau Filthaut
Frau Gube
Frau Hartig
Herr Henning
Herr Hupe
Frau Jung
Herr Kaminski
Herr Lipinski
Frau Lungenhausen
Herr Madeja
Herr Müller
Frau Müller
Herr Rickwärtz-Naujokat
Herr Skodd
Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Herr Ebbinghaus
Frau Gerdes
Herr Hasler
Herr Hitz
Herr Kissing
Herr Klein
Herr Menken
Frau Middendorf
Herr Plümpe
Frau Scharrenbach
Herr Schneider
Herr Weber
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann
Herr Kühnapfel
Frau Schneider

Ratsmitglieder FDP

Herr Bremmer
Herr Nieme

Ratsmitglieder BG

Herr Kloß
Herr Lehmann

Ortsvorsteher

Herr Baumann
Herr Schmidt

Verwaltung

Herr Baudrexl
Herr Brüggemann
Herr Erdtmann
Herr Flaskamp
Herr Lantin
Frau Schwenzner
Herr Sostmann
Herr Tost

entschuldigt fehlten

Frau Bucek
Frau Jacobsmeier

Herr Bürgermeister **Erdtmann** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Änderungsanträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Einbringung der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes und des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2002	
2.	Erste Satzung zur Anpassung von Satzungen und Verordnungen der Stadt Kamen an den Euro	234/2001
3.	Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Kamen	211/2001
4.	Änderung der Gebührenordnung der Städt. Musikschule	221/2001
5.	Jahresabschluss der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen zum 31.12.2000	229/2001
6.	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen	230/2001
7.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben im III. Quartal 2001	224/2001
8.	Einwohnerfragestunde	
9.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einbringung der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes und des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2002

Herr **Baudrexl** legte dar, dass sich die Haushaltssituation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen im laufenden Jahr drastisch verschlechtert habe. Durch das eklatante Wegbrechen der Gewerbesteuer sei auch die Haushaltssituation in Kamen schwierig geworden. Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Lage und auch der weltpolitischen Rahmenbedingungen müsse von längerfristig anhaltenden Problemen ausgegangen werden. Die allgemein schlechte Finanzsituation treffe die Stadt Kamen mitten in einer durchaus erfolgreichen Konsolidierungsphase, obwohl die Schwierigkeiten noch längst nicht überwunden gewesen seien. Schließlich weise auch der aktuelle Haushaltsplan des Jahres 2001 noch ein strukturelles Defizit aus. Die Haushaltsansätze auf der Einnahmenseite des Haushaltsjahres 2001 seien optimistisch, die Risiken aber ausreichend beschrieben gewesen. Die Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer seien in dieser Größenordnung nicht zu erwarten gewesen und stellten in Kamen ein besonders besorgniserregendes Ausmaß dar. Als richtig habe sich die Strategie der Vergangenheit bezüglich der Entledigung von Altdefiziten erwiesen. Der schwere Haushaltsweg könne somit ohne Altlasten beschritten werden, wenngleich auch erhebliche Konsolidierungspotentiale außerhalb der freiwilligen Leistungen und Einrichtungen bereits weitestgehend erschöpft seien.

Das Problem dieses Haushalts und der Haushalte der nächsten Jahre sei zunächst die Gewerbesteuer. Die Einnahmeerwartung müsse deutlich nach unten korrigiert werden. Das Defizit könne aus dem Stand nur durch Einmaleffekte aufgefangen werden. Trotz unterstellter moderater Wachstumsraten bei der Gewerbesteuer im Finanzplanungszeitraum wüchsen die Ausgaben schneller als die Einnahmen. Das Potential im Bereich der freiwilligen Leistungen sei zudem nicht groß genug, um die entstehenden Haushaltslöcher durch Ausgabekürzungen in diesem Bereich stopfen zu können. Steuererhöhungen dürften vor dem Hintergrund der hohen Steuer- und Abgabenquote sowie der ausgeprägten kommunalen Hebesätze auch nicht die richtige Lösung sein. Es werde immer schwieriger, solide Finanzpolitik mit dem Bestreben, die notwendigsten Daseinsvorsorgeeinrichtungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie zu erhalten, zu verbinden. Verwaltung und Politik seien gefordert, in einen intensiven Dialog über die mittel- bis langfristige Finanzierungsstrategie der kommunalen Aufgaben einzutreten.

Herr Baudrexl erklärte, dass der Haushalt 2002 keine spektakulären Konsolidierungsmaßnahmen enthalte. Dies sei einerseits aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen, da die negative Entwicklung der Gewerbesteuer in diesem Ausmaß erst nach der Sommerpause endgültig festgestanden habe. Andererseits sei es auch eine Frage der Legitimation und vielleicht auch der politischen Kultur und Strategie, ob die Verwaltung durch Vorlage eines Haushaltsplanentwurfs wesentliche freiwillige Leistungen und städtische Einrichtungen in einem zur Haushaltskonsolidierung erforderlichen Umfang in Höhe von mehreren Millionen Euro in Frage stellen sollte. Die Verwaltungsleitung habe sich unter Zurückstellung großer finanzpolitischer Bedenken für die Vorlage eines Haushalts entschieden, der Rat und Verwaltung die Zeit gewähre, im nächsten Jahre die bitteren finanzpolitischen Weichenstellungen zu erarbeiten. Bei der

eher noch optimistisch prognostizierten Einnahmeentwicklung müsse im nächsten Jahr die Zeit genutzt werden, um möglichst frei von aufsichtsbehördlichen Restriktionen ein Konsolidierungskonzept zu erarbeiten. Ein Haushalt in der für 2002 erarbeiteten Form sei ein weiteres Mal nicht vertretbar und in der Form so auch nicht vorlegbar, da die finanziellen Ressourcen der Stadt restlos verbraucht seien. Herr Baudrexl vertrat persönlich die Auffassung, dass parteipolitische Schuldzuweisungen in Richtung der Bundes- und Landespolitik nicht weiterhelfen würden. Die Kommunen würden seit Jahren durch die Bundes- und Landesebene, unabhängig von der jeweiligen Regierungsmehrheit, belastet. Dies sei durch die vom Rat beschlossene Resolution auch so bewertet worden. Verantwortliches Handeln werde das Gebot der nächsten Jahre sein.

Herr Baudrexl stellte sodann die wesentlichen Zahlen und Merkmale des Haushalts 2002 vor und machte diese auch optisch durch Videoprojektion (s. Anlage) deutlich. Vorab teilte er mit, dass alle Zahlen des Haushalts in Euro ausgewiesen seien.

Das Haushaltsvolumen des Verwaltungshaushalts, so Herr Baudrexl weiter, belaufe sich in der Einnahme und der Ausgabe auf 75,694 Mio. Euro und sei damit um ca. 2,19 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Im Vermögenshaushalt umfasse das Volumen ca. 4,5 Mio. Euro mehr als im Vorjahr und belaufe sich auf 16,37 Mio. Euro. Der Verwaltungshaushalt sei formal ausgeglichen. Das strukturelle Defizit betrage aber 3,718 Mio. Euro. Diese Situation entspreche der Lage der nordrhein-westfälischen Gemeinden. Der Anteil der Gemeinden mit einem strukturell unausgeglichenen Haushalt sei von 46,5 % im Jahr 2000 auf 71 % im Haushaltsjahr 2001 gestiegen. Aufgrund der zu erwartenden Rekordfehlbeträge im laufenden Haushaltsjahr sei mit einer weiteren Verschlechterung zu rechnen. Zur Defizitprognose für die nächsten Jahre informierte Herr Baudrexl, dass der Jahresabschluss 2001 bekanntlich nicht ausgeglichen sein werde und das Defizit noch nicht berücksichtigt sei. Für das Jahr 2003 werde ein Haushaltsdefizit in Höhe von 2,8 Mio. Euro, für das Jahr 2004 in Höhe von 2,5 Mio. Euro und für das Jahr 2005 in Höhe von 5 Mio. Euro prognostiziert.

Herr Baudrexl erläuterte, wie der formale Haushaltsausgleich angesichts eines strukturellen Defizits in Höhe von 3,718 Euro erreicht werden konnte. Dies sei nur durch eine Zuführung aus dem Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt möglich gewesen. Im Einzelnen seien dies die restlose Entnahme der allgemeinen Rücklage in Höhe von 1,3 Mio. Euro, die nicht mehr benötigte Sonderrücklage für Personalkosten in Höhe von 106.000 Euro, zusätzliche Veräußerungserlöse aus Immobilien von 1,3 Mio. Euro, die Brandschutzpauschale von 70.000 Euro und die Schulpauschale von 942.000 Euro. Die Kreditaufnahme für das laufende Haushaltsjahr sei mit 4,2 Mio. Euro und für das nächste Jahr mit 4,3 Mio. Euro veranschlagt worden. Dies führe zu einer Netto-Neuverschuldung in Höhe von 3,87 Mio. Euro. Nachrichtlich teilte Herr Baudrexl mit, dass der aktuelle Schuldenstand 18,55 Mio. Euro betrage und sich die nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen aus Vorjahren auf 2,45 Mio. Euro beliefen. Für Zinsausgaben erhöhe sich der Ansatz von 1,33 Mio. Euro auf 1,4 Mio. Euro. Insgesamt lasse sich anhand dieser Zahlen feststellen, dass bei einem strukturell ausgeglichenen Verwaltungshaushalt, der keine Zuführung aus dem Vermögenshaushalt erforderlich mache, die Netto-Neuverschuldung lediglich bei ca. 100.000 Euro liegen würde.

Auf die wesentlichen Ausgaben des Verwaltungshaushaltes eingehend, legte Herr Baudrexl dar, dass es keine wesentlichen Kürzungen im

Bereich der freiwilligen Leistungen gebe. Dies gelte beispielhaft sowohl für den Bereich Jugend und Soziales als auch für die Bereiche Sport und Kultur. Der Haushalt erhalte ebenso die vorhandenen Einrichtungen. Beispielhaft nannte Herr Baudrexl die Musikschule und die Stadthalle, über die im Vorfeld bereits in den Medien spekuliert worden sei. Die Kernnachricht, dass es keine wesentlichen Veränderungen bei den Ausgaben gebe, gelte auch für die sonstigen Ausgaben. Die bauliche Unterhaltung z.B. bewege sich auf dem Vorjahresniveau. Allerdings müsse hier deutlich gesagt werden, dass mehr Mittel benötigt würden, um Arbeiten im wünschenswerten Umfang durchführen zu können. Bei den sächlichen Verwaltungskosten bewege man sich ebenfalls auf dem Vorjahresniveau. Zu den Personalkosten machte Herr Baudrexl deutlich, dass im Jahre 2001 der Ansatz um 1,5 Mio. DM gesenkt worden sei, um hiermit einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Von diesem extrem niedrigen Niveau ausgehend könnten mit dem neuen Ansatz nicht einmal die Tarifierhöhungen sicher abgedeckt werden. Dieser Ansatz führe weiterhin zu einer sehr restriktiven Personalpolitik und gehe auch einher mit dem Abbau von 5 bis 7 Stellen. Die Ausgaben im Bereich des KJHG, zu denen auch die Pflegekosten gehörten, stiegen um rd. 500.000 Euro. Im Hinblick auf die bereits beschlossene überplanmäßige Ausgabe im laufenden Haushaltsjahr handele es sich aber um keine unerwartete Erhöhung. Für die Zuschüsse nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gebe es erstmals aufgrund rückläufiger Zahlen einen geringeren Bedarf von 100.000 Euro. Der Zuschussbedarf für Kindergärten steige hingegen um ca. 200.000 Euro, was in erster Linie auf höhere Personalkosten bei den Trägern der Einrichtungen zurückzuführen sei. Herr Baudrexl wies darauf hin, dass die möglichen Veränderungen aus dem Landeshaushalt, wie Änderungen im Bereich des UVG, Kürzungen im Bereich des Landesjugendplans, und die gesetzlichen Änderungen im Bereich des SGB IX nicht berücksichtigt und eingerechnet seien.

Die Kreisumlage, so Herr Baudrexl, sei mit 15,33 Mio. Euro veranschlagt worden. Für das Jahr 2001 betrage die tatsächliche Abführung an den Kreis rd. 15,56 Mio. Euro. Das Risiko liege im Bereich des Hebesatzes. Aufgrund der erheblich geringeren Steuereinnahmen der Kommunen würden natürlich die Umlagegrundlagen sinken, so dass dies bei unverändertem Hebesatz zu erheblichen Mindereinnahmen im Kreishaushalt führe. Gleichwohl forderten die Gemeinden einen Verzicht auf die Erhöhung des Hebesatzes. Eingerechnet worden sei der gültige Hebesatz von 37 Punkten.

Zu den Einnahmen im Verwaltungshaushalt führte Herr Baudrexl aus, dass der Ansatz für die Gewerbesteuer der Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr angepasst worden sei. Das Ergebnis des Jahres 2000 betrage 11 Mio. Euro und der derzeitige Ansatz 11,5 Mio. Euro. Für das Jahr 2002 werde ein Ansatz von 9 Mio. Euro gewählt. Das Ergebnis der vergangenen 11 Jahre zeige, dass lediglich in 3 Jahren die 10 Mio. Euro-Grenze überschritten worden sei. Daraus lasse sich möglicherweise ableiten, mit einem Ansatz von 8 – 10 Mio. Euro gut beraten zu sein. Bei der Einkommensteuer sei keine wesentliche Veränderung zu verzeichnen. Der Ansatz liege bei 13,7 Mio. Euro. Für die nächsten Jahre seien Mindereinnahmen aufgrund der Steuerreform zu erwarten. Die Schlüsselzuweisungen beliefen sich auf fast 16 Mio. Euro, nachdem die Einnahme im laufenden Jahr 15 Mio. Euro betragen habe. Hier zeichne sich eine etwas positivere Entwicklung ab.

Herr Baudrexl ging sodann auf den Vermögenshaushalt ein. Das Investitionsvolumen umfasse 12,2 Mio. Euro. Veranschlagt seien aber Verpflich-

tungsermächtigungen in Höhe von 7,26 Mio. Euro, die eine erhebliche Belastung für das nächste Haushaltsjahr darstellten. Die Verpflichtungsermächtigungen resultierten einerseits aus Investitionsmaßnahmen, die sich über einen Zeitraum von 2 Jahren erstreckten, und andererseits aus finanztechnischen Gründen, um das Volumen für 2002 nicht noch zu erhöhen. Die Investitionen im Schulbereich betrügen insgesamt 2,6 Mio. Euro. Die Verpflichtungsermächtigung für diesen Bereich belaufe sich auf 3,73 Mio. Euro. Dies sei auf die Errichtung der Hauptschule zurückzuführen. Die Kosten für den Neubau würden mit insgesamt mit 4,73 Mio. Euro kalkuliert und seien mit 1 Mio. Euro im Haushalt 2002 veranschlagt. Die Verwaltung werde so in die Lage versetzt, für eine rechtzeitige Fertigstellung des Gebäudes auch die erforderlichen Aufträge vergeben zu können. Ferner seien die Kosten für die Umbaumaßnahme und Ersteinrichtung der Realschule eingeplant. Darüber hinaus sei der Trainingsplatz in Methler etatisiert. Die Realisierung dieser Maßnahme sei allerdings abhängig von dem Erhalt der entsprechenden Fördermittel. Das Straßenbauprogramm habe ein Volumen von 3,8 Mio. Euro mit einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung von 3 Mio. Euro. Als Einzelmaßnahmen nannte Herr Baudrexl die Sanierung des Schattweges, den Netzschluss Innerer Ring und die Maßnahme zur Beseitigung des Bahnübergangs Königstraße sowie deren Ausbau. Für die letzte Maßnahme sei lediglich eine Verpflichtungsermächtigung veranschlagt, da die Kreuzungsvereinbarung noch nicht geschlossen sei und insbesondere erhebliche Probleme im Hinblick auf den Grunderwerb bestünden. Zudem enthalte der Haushalt selbstverständlich die notwendigen Erschließungen von Baugebieten.

Des Weiteren sprach Herr Baudrexl die Innenstadtmaßnahme an. Es sei beabsichtigt gewesen und auch weiterhin so geplant, die Maßnahme in 3 Bauabschnitten zu realisieren. Im Jahre 2002 solle aber im Gegensatz zu den ursprünglichen Überlegungen, jeden Bauabschnitt einzeln zu überplanen, ein Gesamtplanungsauftrag für alle 3 Bauabschnitte vergeben werden. Die Kosten für diesen Auftrag beliefen sich auf 230.000 Euro.

Zur Investitionsplanung für die nächsten Jahre machte Herr Baudrexl deutlich, dass das Volumen im Jahre 2003 noch 20,4 Mio. Euro betrage. Inwieweit sich diese Größenordnung dann als realistisch zeige, werde bei den Haushaltsplanberatungen des nächsten Jahres zu entscheiden sein. Allerdings dürfe nicht übersehen werden, dass der Haushalt allein durch die Verpflichtungsermächtigungen von über 7 Mio. Euro bereits erheblich vorbelastet sei. Das Volumen der folgenden Jahre erreiche diesen Ansatz nicht und belaufe sich auf 11,3 Mio. Euro für das Jahr 2004, 9,9 Mio. Euro für das Jahr 2005 und insgesamt 16,1 Mio. Euro für die späteren Jahre.

Auf die Gebührenhaushalte eingehend informierte Herr Baudrexl, dass es im Bereich des Rettungsdienstes zu einer leichten Gebührensenkung von durchschnittlich 1,4 % kommen werde. Die Friedhofgebühren blieben stabil. 80 % der Unterdeckung in Höhe von 39.000 Euro aus der Betriebsabrechnung für das Jahr 2000 würden in die Kalkulation eingestellt. Die verbleibenden 10.000 Euro müssten dann in die Kalkulation für das Jahr 2003 eingerechnet werden. Eine Anpassung gebe es bei den Straßereinigungsgebühren mit einer Erhöhung von rd. 3,3 bis 3,9 % je nach Klassifizierung der Straße. Als Gründe hierfür nannte Herr Baudrexl höhere Unternehmervergütungen und gestiegene Sachkosten. Bei den Abfallgebühren sei zunächst darauf hinzuweisen, dass seit 1996 Gebührenstabilität bestehe und es für das Jahr 2001 sogar eine Gebührensenkung trotz Einführung des Projektes "Saubere Stadt Kamen" gegeben habe. Für das Jahr 2002 sei allerdings eine Gebührenanpassung in Höhe

von 7,5 % erforderlich. Mit der Einführung des Projektes sei darauf hingewiesen worden, dass die Belastungen aus diesem Projekt in den nächsten Jahren steigen würden, da entsprechende Zuschüsse für Mitarbeiter sukzessive ausliefen. Die Belastungen entsprächen der prognostizierten Größenordnung. Die Gründe für die Anpassung lägen in den Personalkosten für die Aktion "Saubere Stadt" durch Wegfall von Zuschüssen für 2 Mitarbeiter, höheren Sachkosten, Anstieg der Unternehmerkosten sowie der Kreiseinheitsgebühr für Rest- und Biomüll. Zu den Abwassergebühren teilte Herr Baudrexl mit, dass der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung zunächst im Werksausschuss am 04.12.2001 eingebracht werde. In Personalunion als Werkleiter gab Herr Baudrexl vorab als Tendenz bekannt, dass die Lippeverbandsumlage um 250.000 Euro steigen werde. Dies führe zu einer Erhöhung der Schmutzwassergebühr. Die Niederschlagswassergebühr hingegen könne gesenkt werden.

Anschließend ging Herr Baudrexl kurz auf den Stellenplan ein. Mit dem Stellenplan werde das vom Bürgermeister bereits vorgestellte Konzept zur Neuorganisation der Aufgaben Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Stadtmarketing organisatorisch umgesetzt. Die bisherige Stabsstelle werde aufgelöst. Der neue Fachbereich 23 sei zuständig für die Aufgaben Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Stadtmarketing und unterstehe unter der Gesamtverantwortung des Bürgermeisters einem Fachdezernenten.

Aufgrund der Regelungen der Stellenobergrenzenverordnung bestehe leider kein Raum für Entwicklungen im Bereich des mittleren Dienstes. Weiter umsetzbar, auch mit entsprechenden Beförderungen, sei jedoch das im letzten Jahr beschlossene Konzept im Bereich der Feuer- und Rettungswache. Im derzeitigen Bereich des höheren Dienstes enthalte der Stellenplan keine Veränderungen. Vorgeschlagen würden Beförderungen im Bereich des gehobenen Dienstes. Eingeschlossen seien 2 Überleitungen in den höheren Dienst.

Herr Baudrexl bedankte sich abschließend bei allen Beteiligten, die an der Aufstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben. Den Fraktionen wünschte er angenehme und konstruktive Klausurberatungen. Weitere detaillierte und qualifizierte Unterlagen über die freiwilligen und beeinflussbaren Leistungen des Haushaltes würden den Fraktionen in den nächsten Tagen noch zugeleitet.

Zu TOP 2.

234/2001

Erste Satzung zur Anpassung von Satzungen und Verordnungen der Stadt Kamen an den Euro

Herr **Bremmer** stellte fest, dass bei der Euro-Anpassung durch Abrundung der Beträge auch Gebührensenkungen hingenommen würden. Diese Festsetzung zugunsten der Bürgerinnen und Bürger sollte auch in der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden.

Beschluss:

Die vorgelegte "Erste Satzung zur Anpassung von Satzungen und Verordnungen der Stadt Kamen an den Euro vom 09.11.2001" wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

211/2001

Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte "Erste Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Kamen."

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

221/2001

Änderung der Gebührenordnung der Städt. Musikschule

Beschluss:

Die vorgelegte Gebührenordnung der Städt. Musikschule wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

229/2001

Jahresabschluss der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH
Kamen-Bönen-Bergkamen zum 31.12.2000

Herr **Madeja** unterstrich, dass die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen als Wirtschaftsfaktor nicht wegzudenken sei. Die Gesellschaft sei eine gesunde Tochter der Stadt, wenngleich der Gesellschaftsanteil nur 42 % betrage. Weitere 42 % entfielen auf die Stadt Bergkamen und 16 % auf die Gemeinde Bönen. In allen Sparten des Geschäftsbereichs seien seit dem Start im Jahre 1995 größere Steigerungsraten zu verzeichnen. Dennoch gebe es Risiken, denen das Unternehmen ausgesetzt sei. Herr Madeja erinnerte an die Liberalisierung des Strommarktes. Der eingetretene Wettbewerb halte weiter an. Neue große Stromanbieter drängten mit massiver Werbung in den Kundenstamm der Stadtwerke. Bisher sei es den Gemeinschaftsstadtwerken durch Änderung der Tarifstruktur, Kundennähe und -beratung gelungen, auf die Fremdangebote zu reagieren. Durch Beteiligung an der Energiehandels-gesellschaft würden zudem die Möglichkeiten eines günstigen Stromein-kaufes genutzt. Weitere Schritte zur verbesserten Zusammenarbeit der Stadtwerke in der Region sei ein Gebot der Stunde. Durch die Liberalisie-rung der Gasversorgung müsse auch mit einem verstärkten Wettbewerb im Erdgasgeschäft gerechnet werden. Zu den anderen Sparten des Unternehmens sei den Ausführungen im Lagebericht nichts hinzuzufügen. Herr Madeja dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Unter-nehmens für ihren Einsatz, der zu dem insgesamt gesehen doch erfreu-lichen Ergebnis beigetragen habe.

Auf die Frage von Herrn **Lehmann** bezüglich der Unternehmensbelastung durch die Veränderung in der Geschäftsführung antwortete Herr **Baudrexl**, dass diese Thematik in den Gremien der Gesellschaft und nicht im Rat zu behandeln sei.

Beschluss:

Die Vertreter des Rates der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen zum 31.12.2000 wird in der vorgelegten Form festgestellt.
2. Der Lagebericht wird genehmigt.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.729.200,99 DM ist durch Entnahme aus der Kapitalrücklage auszugleichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Erdtmann** übergab die Sitzungsleitung an Herrn **Stahlhut**.

Zu TOP 6.

230/2001

Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen

Folgende Mitglieder des Rates nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil:

Gabriele Bartosch, Marion Dyduch, Werner Hitz, Hermann Hupe, Heinrich Kissing, Hartmut Madeja, Jochen Müller, Karl-Adolf Schneider sowie Bürgermeister Manfred Erdtmann

Beschluss:

Die Vertreter des Rates der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen werden gem. § 12 Nr. 5 b des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Stahlhut** übergab Herrn **Erdtmann** die Sitzungsleitung.

Zu TOP 7.

224/2001

Über- und außerplanmäßige Ausgaben im III. Quartal 2001

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 8.

Einwohnerfragestunde

Anfragen an die Verwaltung von anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern wurden nicht gestellt.

Zu TOP 9.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Herr **Baudrexl** nahm Bezug auf die Diskussion über die Fortbildungsmaßnahmen für Frauen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2001. Hierbei sei es insbesondere um die Frage gegangen, ob die veranschlagten Mittel auch ausreichend für Frauenförderung eingesetzt würden. Die Verwaltung habe abschließend einen Bericht zum Ende des Haushaltsjahres angeboten. Herr Baudrexl informierte, dass bis zum heutigen Zeitpunkt insgesamt 240 Personen, davon 110 Frauen, zu einer fachlichen Fortbildung angemeldet worden seien. Darüber hinaus seien über das interne Informationsblatt der Stadtverwaltung Kamen 7 spezielle Frauenseminare angeboten worden. Dies habe zu einer Anmeldung von 3 interessierten Mitarbeiterinnen geführt. Ein Seminar sei jedoch wegen der zu geringen Teilnehmerzahl vom Veranstalter wieder abgesagt worden.

Anfragen

1. Frau **Scharrenbach** bezog sich auf Pressemitteilungen des Sommers, wonach die Stadt Probebohrungen nach Wasser im Bereich des Galgenberges veranlasst habe, und bat um Mitteilung des Ergebnisses sowie des Realisierungszeitraumes entsprechender Maßnahmen bei Vorliegen eines positiven Ergebnisses.

Herr **Baudrexl** informierte, dass sich der Eigenbetrieb Stadtentwässerung des Problems angenommen und entsprechende Probebohrungen in Auftrag gegeben habe. Seines Wissens nach gebe es eine positive Tendenz für eine mögliche Realisierung. Ob damit alle Probleme ausgeräumt seien, sei ihm nicht bekannt. Die Umsetzung sei aber ohnehin frühestens im Frühjahr möglich, da nicht allein das Wasserproblem zu lösen sei, sondern darüber hinaus auch Bauarbeiten vom Baubetriebshof durchgeführt werden müssten.

2. Herr **Bremmer** fragte angesichts des Unmuts über die Baumfällaktion am Bahndamm in Methler an, ob es für die Stadt Kamen eine rechtliche Möglichkeit gebe, solche Aktionen in Zukunft zu verhindern.

Eine kommunale Kompetenz sei leider nicht erkennbar, antwortete Herr **Baudrexl**. Selbst die Vertreter des Kreises Unna beklagten ihre fehlenden Handlungsmöglichkeiten.

3. Herr **Menken** führte aus, dass nach seiner Information die Wassertemperatur im Hallenbad Methler mittwochs bei den Veranstaltungen der VHS zu niedrig sei und fragte an, ob der Verwaltung dies bekannt und die Verwaltung überhaupt der richtige Ansprechpartner sei.

Für den Betrieb des Hallenbades Methler seien die Gemeinschaftsstadtwerke zuständig, erklärte Herr **Erdtmann**, und empfahl, die im Rat vertretenen Aufsichtsratsmitglieder bzw. die GSW direkt anzusprechen.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Es lagen keine Punkte zur Veröffentlichung vor.

gez. Erdtmann
Bürgermeister

gez. Lantin
Schriftführer



STADT KAMEN

HAUSHALTSSATZUNG UND
HAUSHALTSPLAN 2002

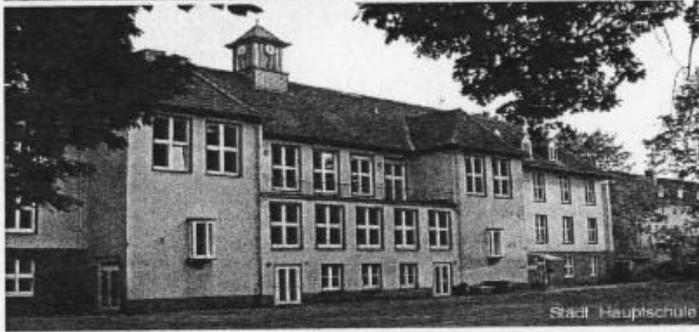
INVESTITIONSPROGRAMM UND
FINANZPLAN 2001 - 2005



Josefeschule



Stadt Realschule



Stadt Hauptschule

Haushaltsvolumen

Verwaltungshaushalt

2002 2001

Einnahmenvolumen 75,694 Mio. 73,504 Mio.

Ausgabenvolumen 75,694 Mio. 73,504 Mio.

Vermögenshaushalt

2002 2001

Einnahmenvolumen 16,367 Mio. 11,909 Mio.

Ausgabenvolumen 16,367 Mio. 11,909 Mio.

Bewertung

Der Verwaltungshaushalt ist formal ausgeglichen.

Das strukturelle Defizit im Verwaltungshaushalt beträgt:

3,718 Mio.

Situation entspricht der Lage der nordrhein-westfälischen Gemeinden: Der Anteil der Gemeinden mit einem strukturell unausgeglichen Haushalt ist von 46,52 % in 2000 auf 71 % Haushaltsjahr 2001 gestiegen. Aufgrund der zu erwartenden Rekordfehlbeträge im laufenden Haushaltsjahr ist mit einer weiteren Verschlechterung zu rechnen.

Haushaltsausgleich

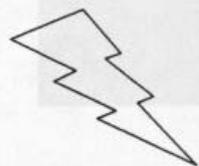
Zuführung zum Verwaltungshaushalt:

← 3,718 Mio.

Entnahme allg. Rücklage:	1.300.000
Auflösung Sonderrücklage (Personalkosten)	106.000
Veräußerungserlöse (Immobilien)	1.300.000
Schulpauschale	942.000
Brandschutzpauschale	70.000

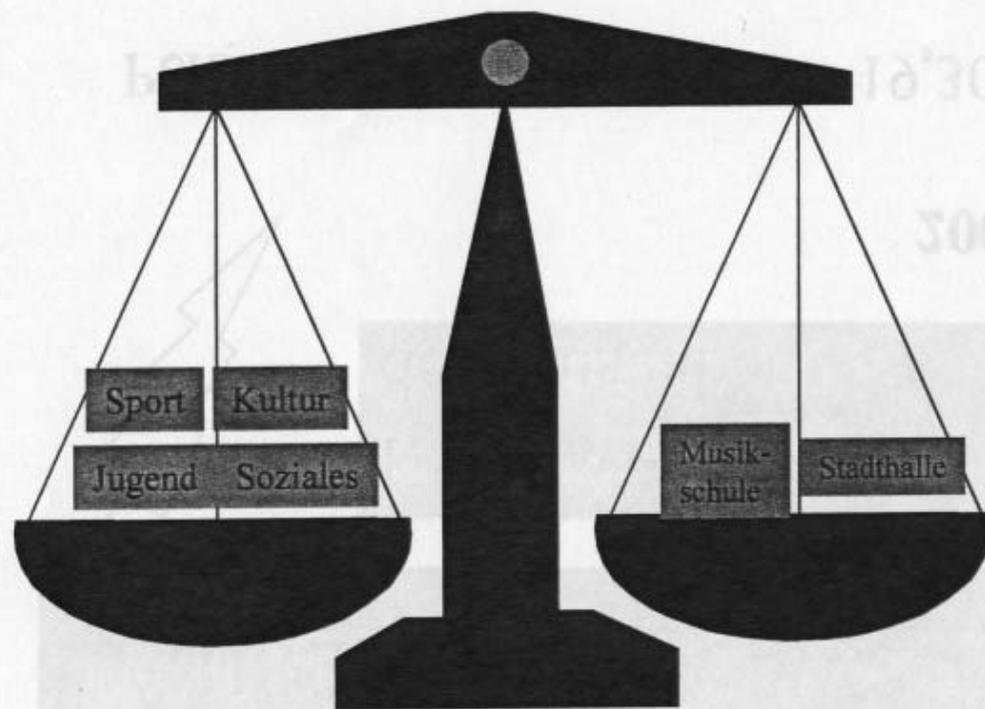
Verschuldung

Kreditaufnahme	4,30 Mio. (4,20 Mio.) 2001
Netto-Neuverschuldung	3,87 Mio.
Aktueller Schuldenstand	18,55 Mio.
Veranschlagte Zinsausgaben	1,40 Mio. (1,33 Mio.) 2001
Nicht ausgeschöpfte Kreditermächtigungen	2,45 Mio.



Bei einem strukturell ausgeglichenen Verwaltungshaushalt (ohne Zuführung zum Verwaltungshaushalt) läge die Netto-Neuverschuldung bei ca. 0,1 Mio.

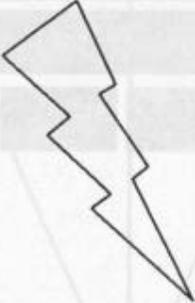
Ausgaben Verwaltungshaushalt



Keine wesentlichen
Kürzungen im
Bereich
der freiwilligen
Leistungen

Erhalt der vorhandenen
Einrichtungen

Ausgaben Verwaltungshaushalt



Keine wesentlichen Veränderungen bei den Ausgaben

	2002	2001
Personalkosten	19,30 Mio.	18,92 Mio.
Sächl. Verw. Kosten	1,68 Mio.	1,60 Mio.
Bauliche Unterhaltung	0,55 Mio.	0,52 Mio.

Ausgaben Verwaltungshaushalt

	2002	2001
KJHG	2,01 Mio.	1,52 Mio.
Zuschußbedarf AsylbLG	0,71 Mio.	0,80 Mio.
Zuschußbedarf KiGa	2,44 Mio.	2,20 Mio.
Kreisumlage	15,33 Mio.	15,56 Mio. (Zahllast)

Einnahmen Verwaltungshaushalt

Gewerbesteuer:

Der Ansatz wird entsprechend der Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr angepaßt.

9,0 Mio.

Ansatz 2001

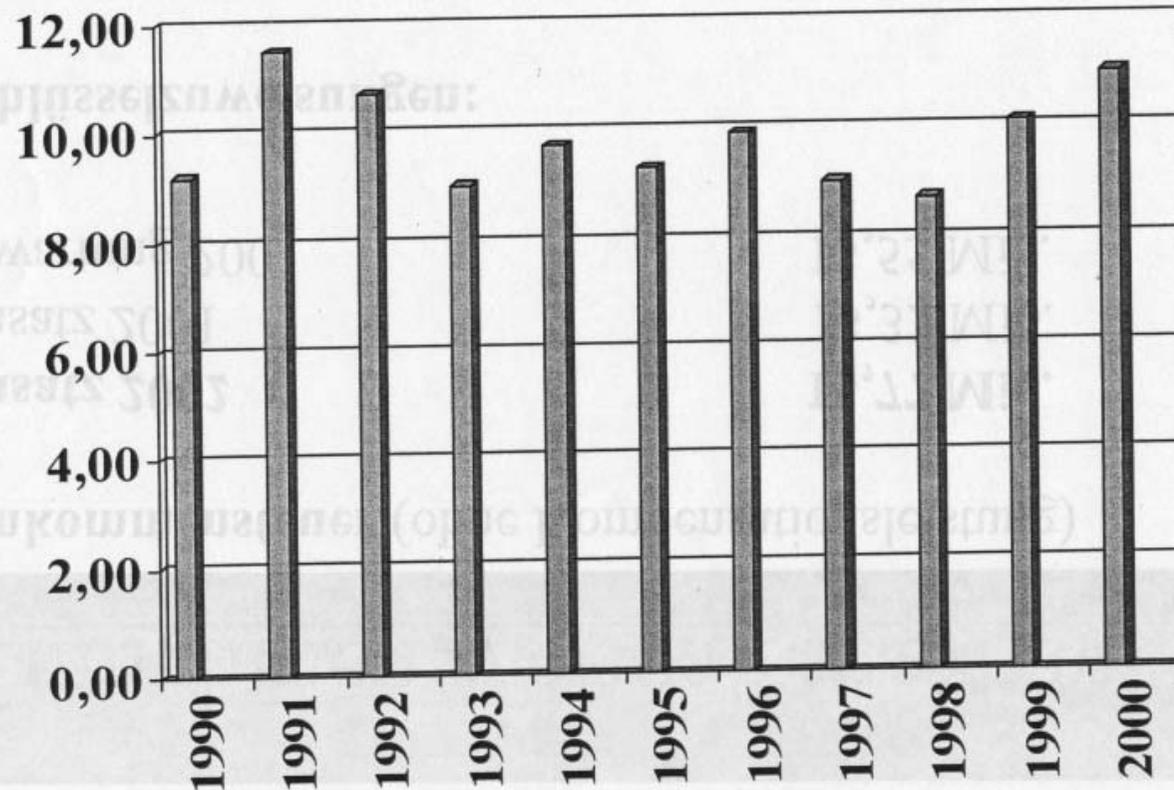
11,5 Mio.

Ergebnis 2000

11,0 Mio.

Entwicklung Gewerbesteuer

Mio. Euro



Einnahmen Verwaltungshaushalt

Einkommensteuer (ohne Kompensationsleistung)

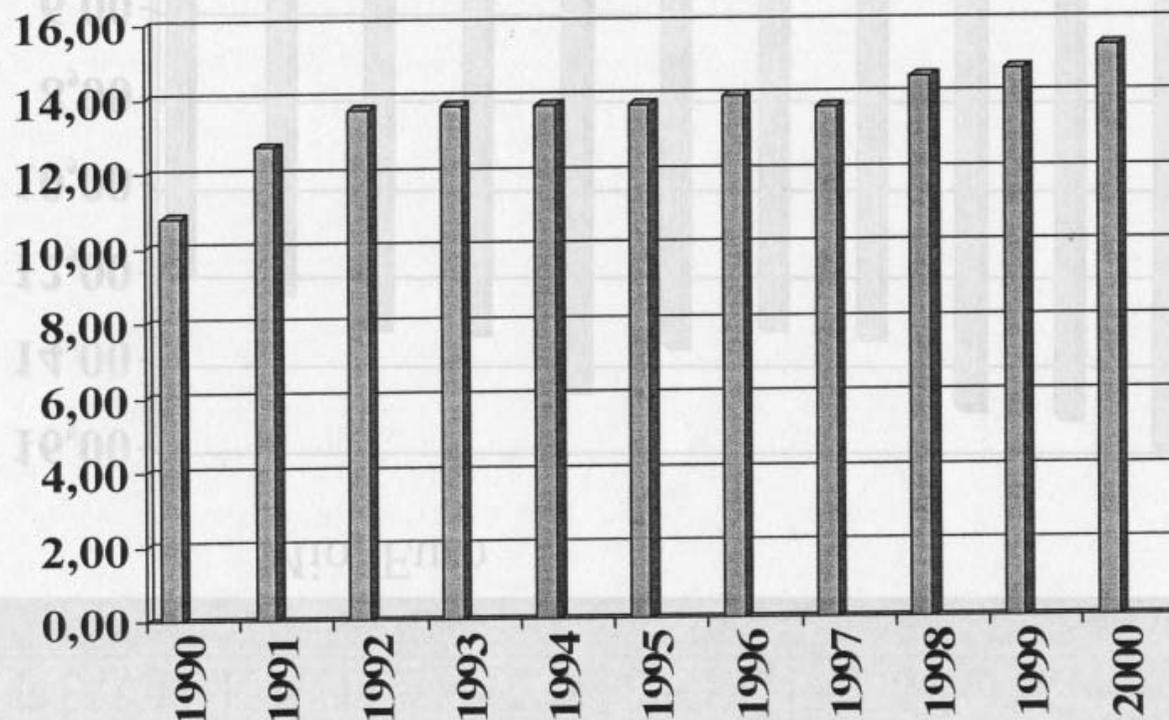
Ansatz 2002	13,77 Mio.
Ansatz 2001	13,32 Mio.
Erwartung 2001	13,55 Mio.

Schlüsselzuweisungen:

Ansatz 2002	15,99 Mio.
Ansatz 2001	14,88 Mio.
Einnahme 2001	15,00 Mio.

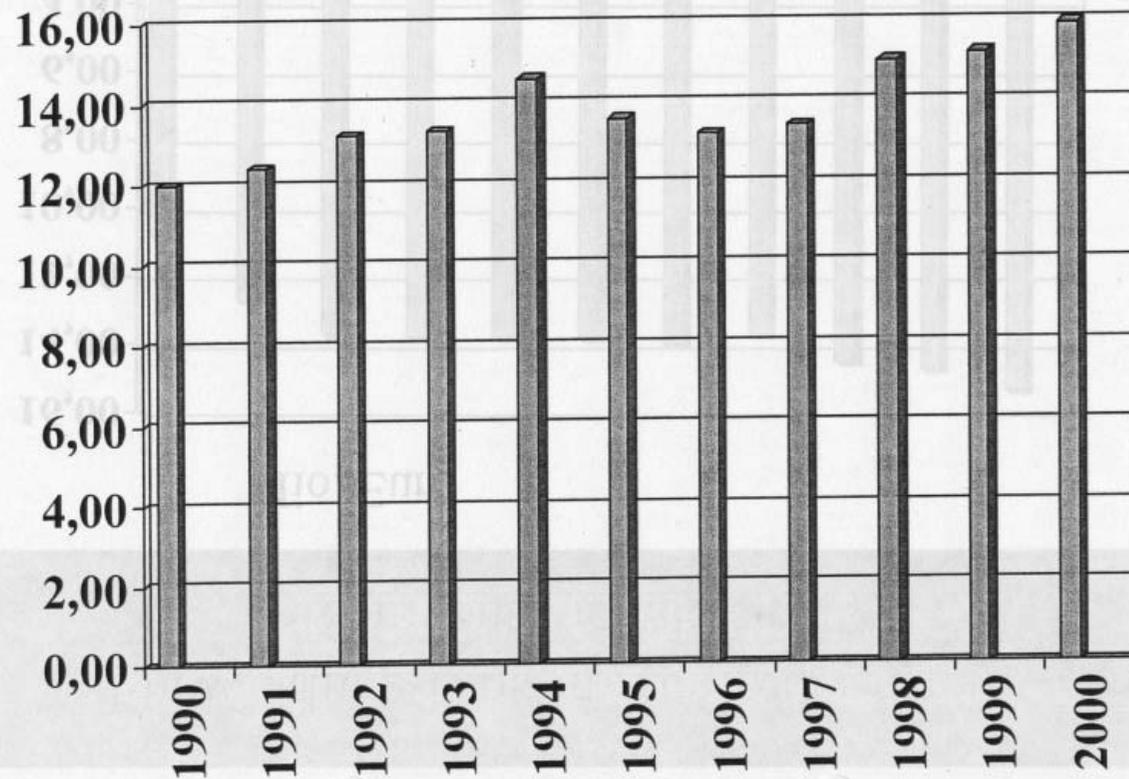
Entwicklung Einkommensteuer (incl. Kompensationsleist.)

Mio. Euro



Entwicklung Schlüsselzuweisungen

Mio. Euro



Vermögenshaushalt

	Ansatz	VE
Investitionsvolumen	12,20 Mio.	7,26 Mio.
Investitionen im Schulbereich	2,60 Mio.	3,73 Mio.
Einzelmaßnahmen		
Errichtung Hauptschule	1,00 Mio.	3,73 Mio.
Ersteinrichtung Hauptschule	0,13 Mio.	
Umbaumaßnahmen Realschule	0,10 Mio.	
Ersteinrichtung Realschule	0,23 Mio.	
Trainingsplatz Methler	0,35 Mio..	0,50 Mio.

Vermögenshaushalt

	Ansatz	VE
Straßenbauprogramm	3,80 Mio.	3,00 Mio.
Einzelmaßnahmen		
Sanierung Schattweg	1,13 Mio.	1,00 Mio.
Netzschluß „Innerer Ring“	0,60 Mio.	0,75 Mio.
Beseitigung BÜ Königsstr. und Ausbau Königsstr.		1,00 Mio.
Erschließung von Bebauungsplangebieten		

Vermögenshaushalt

Innenstadtsanierung

WUV „Nördlicher Stadtkern/Willy-Brandt-Platz“

Im Haushaltsjahr 2002 soll der Gesamtplanungsauftrag für alle 3 Bauabschnitte erteilt werden.

Kosten:	230 TEU
Ansatz 2002	77 TEU
VE	77 TEU
Rest Ansatz 2001	76 TEU

Investitionsplanung

2003

2004

2005

spätere Jahre

20,4 Mio.

11,3 Mio.

9,9 Mio.

16,1 Mio.

Gebührenhaushalte

Friedhofsgebühren

Gebührenstabilität bei den Friedhofsgebühren

80% der Unterdeckung (39.000 Euro) aus 2000 werden in die Kalkulation eingestellt.

20% (10.000 Euro) verbleiben für das Jahr 2003.

Straßenreinigungsgebühren

Gebührenanpassung: Erhöhung zwischen 3,3% bis 3,9%

Gründe:

Höhere Unternehmervergütungen

Höhere Sachkosten

Gebührenhaushalte

Abfallgebühren

Gebührenstabilität seit 1996

2001 Gebührenerkung trotz Einführung Projekt „Saubere Stadt“

Gebührenanpassung um ca. 7,50% erforderlich

Gründe:

Personal- und Sachkosten „Aktion Saubere Stadt“ (Wegfall Zuschüsse für 2 Mitarbeiter)

Anstieg der Unternehmerkosten

Anstieg Kreiseinheitsgebühr für Rest- und Biomüll

Höhere Sachkosten

Abwassergebühren

Einbringung und Beratung des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Stadtentwässerung erfolgt im Werksausschuß am 04.12.2001.

Die Fraktionen erhalten Unterlagen zu ihren Klausuren.

Tendenz

Lippeverbandsumlage steigt um ca. 250.000 Euro!

Erhöhung der Schmutzwassergebühr und Senkung der Niederschlagsabwassergebühr!

Gewinnanrechnung aus Vorjahren!

Senkung des kalkulatorischen Zinssatzes von 7,00 % auf 6,75 %!